

Anlage zur Mail der BIS vom 20.07.2020

Kopie des Schriftwechsels mit Familie Tóth in der Talstraße zur Frage nach der Kompromissbereitschaft zur Kostenbeteiligung bei den Straßenbaubeiträgen

In chronologischer Reihenfolge

Am 07.07.2020 um 13:21 schrieb [REDACTED]:

Sehr geehrter Herr Dr. Weber,

ich weiß, Sie erwarten eine einfache Antwort. Aber das ist nun einmal genau das Schwierige an der Sache! ;o)

Hinter jeder Zahl steht ein Geldbetrag, dessen Ausgabe in diesem Zusammenhang sehr, sehr weh tut, weil man hart dafür gearbeitet hat und man den Sinn einfach nicht begreift - ja das Ganze gar als himmelschreiende Ungerechtigkeit empfindet - sorry!

Es geht nämlich nicht allein um die Zahl/den Betrag - sondern vielmehr um die generelle Beteiligung von Bürgern/Bürgerinnen an den Sanierungskosten einer öffentlichen Straße. Aus unserer Sicht als Steuerzahler eine völlig ungerechtfertigte, längst überholte Handhabe! Denn es wird kein Mehrwert generiert (Grundstückswert und -attraktivität steigen nicht, kein oder nur minimal mehr Parkraum - der aber auch allen anderen Nicht-Anwohnern und damit Nicht-Zahlern zur Verfügung steht) - im Gegenteil: Lange, einschränkende Baumaßnahmen und dann womöglich als Belohnung zahlreiche Raser, die die neu sanierte Straße nun endlich ohne geschwindigkeitsbeschränkende Unebenheiten nutzen können. Wenn dann wenigstens auf dem Straßenbelag auch dick und fett die 30er-Zone markiert werden würde. Aber da hat man ja dann wieder kein Mitspracherecht als Anwohner/in... wie man sowieso kein Mitspracherecht hat; sei es beim Umfang der Maßnahmen oder bei der Vergabe an das Bauunternehmen usw. - nur zahlen darf man. Weil man zufälligerweise an einer sanierungswürdigen (aus unserer Sicht nicht mal -bedürftigen) Straße wohnt. Und dann stellen sich unsere gewählten Kommunalvertreter/innen, allen voran die Bürgermeisterin, hin und zucken mit den Achseln, als wenn das nichts wäre und unsere Sorgen und Nöte nichts zählen - na vielen Dank! Wo mein Haken bei der nächsten Wahl landet, das ist damit dann aber auch entschieden.

Leider trägt das alles nicht zur Lösung unseres "Problems" bei - aber man muss sich auch mal Luft machen.

Und es verdeutlicht evtl. auch, warum wir keine Prozentzahl angeben möchten. Denn ehrlich gesagt, geben wir selbst EUR 1000,-; ja auch EUR 100,- (um es auf die Spitze zu treiben) lieber für unsere Kinder und deren gesunde Entwicklung aus, als für eine öffentliche, der Allgemeinheit nutzende Straße! Damit leisten wir ja auch schon mal per se einen wertvollen Beitrag für die Gesellschaft und wir zahlen selbstverständlich Abgaben und Steuern - wie auch alle anderen Bürger/innen in Haan. Es sind nämlich alle gleich zu behandeln!

Aus diesem Grund unterstützen wir vollumfänglich Ihre Strategie der 0%-Beteiligung für die Anwohner/innen - aber eben kompromisslos.

Herzliche Grüße,

Familie Tóth

--- Original-Nachricht ---

Von: Dr. Helmut Weber

Datum: 08.07.2020, 11:58 Uhr

An: [REDACTED]

Sehr geehrte Familie Tóth,

darf ich Ihre hervorragende Stellungnahme außer selbstverständlich in unserer Initiative auch exemplarisch für unseren Unmut/Verärgerung in der öffentlichen Diskussion verwenden? Das, was Sie zum Ausdruck bringen, hat mich bewogen, unsere Bürgerinitiative ins Leben zu rufen, weil sonst alle wie in der Vergangenheit einzeln ohnmächtig zum Zahlen verpflichtet werden.

Ich habe bei meinen Gesprächen mit Betroffenen ähnliche Äußerungen wie von Ihnen gehört. Zum Beispiel: "Wissen unsere Kommunalpolitiker eigentlich, dass Leute wie ich bis zu ihrem Lebensende die entstehenden Schulden von ihrer kleinen Rente bezahlen oder alternativ ihr Grundstück/Haus verkaufen müssen?"

Nur mit Ihrem fatalistischen Halbsatz gehe ich nicht konform: "Leider trägt das alles nicht zur Lösung unseres "Problems" bei ..."

Wenn ich nicht von unserem Erfolg - wie auch immer er aussehen wird - überzeugt wäre, würde ich mich nicht engagieren.

Konkret sollten wir unsere Initiative mit vielen, idealerweise mit allen Mitbürgern/innen verstärken, vor allem mit denjenigen, deren Straßen ebenfalls saniert werden/müssen, und diese bitten, im anstehenden Wahlkampf ihre Kandidaten im Wahlkreis zu fragen, ob sie nach ihrer Wahl auf unserer Seite stehen werden. Auch die nicht betroffenen Mitbürger/innen sollten uns aus Solidarität bei der Kandidatenbefragung unterstützen!

Das Desinteresse und das Schweigen von Mitbürgern einerseits und die Intransparenz von komplexen politischen Entscheidungen andererseits ermöglichte erst eine solche unfassbar bürgerunfreundliche Beschlussfassung des Rats. Im Abwägungsprozess hat uns der Rat im Namen der Stadt als nach dem Baugesetz rechtlich allein zahlungsverpflichtete Partei bei der Kostenverteilung für die sog. Erschließungsstraßen (Neustraße) ironisch gesagt mit "Bürgernähe" 90% aufgebürdet. Der Stadt jedoch nur die gesetzliche Mindestzahlungsverpflichtung von 10% zugeschrieben. Toll! Das muss man sich einmal vor Augen führen, weil der Rat laut Baugesetz auch eine 100%ige Kostenübernahme der Stadt hätte beschließen können. Der Bundesgesetzgeber hat diese Möglichkeit offensichtlich sehr bewusst bürgerfreundlich vorgesehen!

Was steckt m.E. dahinter:

1.) Der Blick von Ratsmitgliedern (nicht alle!) auf den demütigen und desinteressierten Bürger/Wähler, seinen Souverän(!), der alles klaglos zu schlucken scheint. Sie erinnern sich an den

sinngemäßen Kommentar des technischen Beigeordneten im SUVA: "Das habe ich ja noch nicht erlebt!" Gemeint ist, dass sich Bürger/innen für ihre Angelegenheit so nachdrücklich engagieren.

2.) Die mögliche Denkweise unserer Bürgermeisterin kommt für mich mit ihren Bemerkungen zum Ausdruck: "Ich musste auch Erschießungskosten bezahlen" (m.E. unausgesprochen: Dann müsst Ihr eben auch klaglos zahlen). Und "ich bin für 31.000 Bürger zuständig" ist grundsätzlich richtig, aber m.E. unausgesprochen: Da kann ich mich doch nicht um Einzelinteressen kümmern - auch, wenn die Betroffenen ungerecht mit einer nicht nachvollziehbaren Begründung (sie hätten einen Vorteil) Riesensummen im Vergleich zu anderen zahlen müssen -.

Mein Eindruck ist, dass sie unser Problem nicht lösen will, weil das Geld bei der Stadt auch nicht locker vorhanden ist. Nur aus diesem Grund wurde m.E. die Neustraße wegen des geringen Kostenanteils der Stadt vorgezogen. Ursprünglich sollte zuerst die Schillerstraße saniert werden. Da muss die Stadt mehr bezahlen.

Falls man als Stadt kein Geld hat, muss man, wie es jeder ordentliche Haushalt macht, finanziell vorsorgen bzw. Reserven anlegen und sparsam haushalten! Wunschprojekte verschieben bis genug angespart ist. Kreativ sein und andere Problemlösungen favorisieren. Hier herrscht bei der Politik und der Verwaltung Funkstille.

Könnte es sein, dass die Bürgermeisterin gemeinsam mit einem möglichen "Küchenkabinett" das unangenehme Wahlkampfthema bis nach der Wahl verschieben (aussitzen) will?

Sollte ich mich wider Erwarten irren, soll sie bitte öffentlich vor der Wahl erklären, dass sie unsere Interessen und mit welchem konkreten Inhalt vertreten wird, z.B. im entscheidenden HFA und dem Rat, in dem sie den Vorsitz sowie "Sitz und Stimme" hat.

Wir müssen bestimmte Fragen kurzfristig klären: Was denkt, plant und tut die Stadt/der Rat bei der Verteilung des für alle unangenehmen "Kostenkuchens" bei den Straßensanierungen?

Wie sehen die Rücklagen, Reservebildung und die kurz-, mittel- bzw. langfristigen Planungen bei den Straßensanierungen aus?

Welche Mittel wurden/werden vom Land angefordert (z.B. halbherziger Landtagsbeschluss, vor ca. einem halben Jahr die 50%ige Beteiligung des Landes bei den Straßensanierungen nach dem KAG) etc.?

Liebe Familie Tóth, ich weiß, dass es keine einfachen Antworten bei einem so komplexen Thema gibt. Meine Arbeitsweise: Schritt für Schritt vorgehen und ein Thema von allen Seiten beleuchten und nachdrücklich ein Ziel anstreben. Etwas nicht erreichen zu können, sollte keinen Platz finden, weil solche Überlegungen das Ergebnis beeinträchtigen können.

Beste Grüße

Dr. Weber

Am 08.07.2020 um 16:03 schrieb [REDACTED]:

Lieber Herr Dr. Weber,

sehr gerne unsere Meinung ist nicht geheim. ;-)

Und zu dem von mir geäußerten Satz...das bezog sich eher auf unser Unvermögen, einen Prozentwert anzugeben... bzw. unser Nichtwollen diesbezüglich. Nicht auf das zu erstreitende Ergebnis!! Im Gegenteil, da sehen wir unser Ziel mit 0% noch ganz klar vor Augen...

Herzliche Grüße,

Daniela Toth

Antwort vom 08.07.2020

Herzlichen Dank, dann ist auch das Missverständnis beseitigt.

Beste Grüße

Ihr Dr. Weber